

## PRESSEKONFERENZ AM 6. MAI 2010 IN LISSABON EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz hier in Lissabon begrüßen zu dürfen. Ich möchte mich bei Präsident Constâncio für seine Gastfreundschaft bedanken und auch seinen Mitarbeitern unseren besonderen Dank für die hervorragende Organisation der heutigen Sitzung des EZB-Rats aussprechen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse dieser Sitzung informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Die derzeitigen Zinssätze sind nach wie vor angemessen. Unter Berücksichtigung aller neuen Informationen seit unserer Sitzung vom 8. April 2010 gehen wir davon aus, dass die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante Frist moderat bleibt. Dem globalen Inflationsdruck, der in erster Linie durch die Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten und in den schnell wachsenden Wirtschaftsregionen der Welt bedingt ist, wirkt weiterhin ein geringer inländischer Preisauftrieb entgegen. Die jüngsten Daten haben außerdem bestätigt, dass sich die wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet in den ersten Monaten des laufenden Jahres fortgesetzt hat. Wir rechnen mit einer gemäßigten Expansion der Wirtschaft des Euroraums im Jahr 2010, wobei sich der Wachstumsverlauf in einem von hoher Unsicherheit geprägten Umfeld möglicherweise uneinheitlich gestalten könnte. Unsere monetäre Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck mittelfristig begrenzt bleibt, wie es das schwache Geldmengen- und Kreditwachstum nahelegen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Eurogebiet gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die feste Verankerung der Inflationserwartungen ist weiterhin von zentraler Bedeutung. Die Geldpolitik wird alles Notwendige unternehmen, um auf mittlere Sicht Preisstabilität im Euroraum zu gewährleisten. Dementsprechend wird der EZB-Rat auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Nach einem drastischen Rückgang hat sich die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Währungsgebiet seit Mitte 2009 ausgeweitet. Sie hat besonders von der anhaltenden Erholung der Weltwirtschaft, den umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogrammen sowie den zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Bankensystems ergriffenen Maßnahmen profitiert. Die jüngsten Wirtschaftsdaten – einschließlich positiver Umfrageindikatoren – stützen die Ansicht, dass sich die konjunkturelle Erholung im Euroraum 2010 fortsetzt. Während Anfang des Jahres vor allem ungünstige Witterungsbedingungen das Wachstum dämpften, scheint sich im Frühjahr eine gewisse Belebung einzustellen. Mit Blick auf die Zukunft rechnet der EZB-Rat mit einer moderaten Zunahme des realen BIP-Wachstums. Die weltweit anhaltende Erholung und deren Auswirkungen auf die Nachfrage nach Exporten des Eurogebiets dürften die Wirtschaft im Euroraum stützen. Unterdessen wird davon ausgegangen, dass die Finanzkrise aufgrund des in verschiedenen Sektoren anhaltenden Prozesses der Bilanzanpassungen sowie der Erwartung einer geringen Kapazitätsauslastung und der eingetrübten Arbeitsmarktaussichten einen dämpfenden Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben wird.

Der EZB-Rat ist nach wie vor der Auffassung, dass die Risiken für diesen Ausblick in einem von hoher Unsicherheit geprägten Umfeld weitgehend ausgewogen sind. Einerseits könnten sich die Weltwirtschaft und der Außenhandel schneller erholen als projiziert, und das Vertrauen könnte stärker zunehmen als zuvor angenommen, sodass die Erholung selbsttragend wird. Andererseits bestehen weiterhin Bedenken

bezüglich neuerlicher Spannungen in einigen Finanzmarktsegmenten. Ferner könnten sich eine im Vergleich zu den Erwartungen deutlichere oder länger andauernde negative Rückkopplung zwischen der Realwirtschaft und dem Finanzsektor, erneute Preissteigerungen bei Öl und sonstigen Rohstoffen, sich verstärkende Protektionismusbestrebungen sowie die Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte nachteilig auswirken.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so lag die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI im Eurogebiet der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im April 2010 bei 1,5 % nach 1,4 % im Vormonat. Sie fiel damit etwas höher aus als vor einigen Monaten erwartet, was vor allem mit dem Aufwärtsdruck bei den Energiepreisen zusammenhängen dürfte. Mit Blick auf die Zukunft könnte sich der globale Inflationsdruck, der in erster Linie durch die Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten und in den schnell wachsenden Wirtschaftsregionen der Welt bedingt ist, erhöhen, während der inländische Preisdruck im Eurogebiet weiterhin begrenzt bleiben dürfte. Es wird daher erwartet, dass die Inflation über die geldpolitisch relevante Frist moderat bleibt. Die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Auf kurze Sicht sind die Risiken in Bezug auf frühere Projektionen für die HVPl-Inflation angesichts der Energiepreisentwicklung leicht nach oben gerichtet, während die Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht nach wie vor als weitgehend ausgeglichen gelten. Aufwärtsrisiken auf mittlere Sicht bestehen insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung der Rohstoffpreise. Zudem könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden als derzeit angenommen. Zugleich halten sich die Risiken für Preis- und Kostenentwicklungen im Euroraum in Grenzen. Insgesamt muss die künftige Entwicklung aller verfügbaren Preisindikatoren genau beobachtet werden.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so blieb die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im März 2010 mit -0,1 % leicht negativ. Zusammen mit dem nach wie vor negativen jährlichen Wachstum der Buchkredite an den privaten Sektor (in Höhe von -0,2 % im März 2010) stützen die aktuellen Daten weiterhin die Einschätzung, dass die Grunddynamik der monetären Expansion moderat und der Inflationsdruck auf mittlere Sicht begrenzt ist. Auch die kürzerfristige Entwicklung der Geldmenge M3 und der Buchkredite ist nach wie vor verhalten.

Das tatsächliche M3-Wachstum wird als schwächer angesehen als die Grunddynamik des Geldmengenwachstums, da der relativ steile Verlauf der Zinsstrukturkurve weiterhin die Umschichtung von Mitteln zugunsten längerfristiger Anlagen und Wertpapiere außerhalb von M3 fördert. Zugleich ergeben sich aus der anhaltend geringen Zinsdifferenz zwischen den verschiedenen in M3 enthaltenen Instrumenten niedrige Opportunitätskosten für die Umschichtung von Mitteln hin zu täglich fälligen Einlagen anstatt zu anderen M3-Instrumenten. Dies spiegelt sich im weiterhin ausgeprägten Unterschied zwischen dem schwachen jährlichen M3-Wachstum und der hohen Jahreswachstumsrate von M1 wider, die sich im März auf 10,9 % belief. Da die derzeitige Zinskonstellation jedoch bereits seit einiger Zeit besteht, deuten die jüngsten Daten darauf hin, dass die umfangreichen Mittelumschichtungen nachlassen.

Das jährliche Wachstum der Bankkredite an den privaten Sektor blieb im März negativ, doch dahinter verbirgt sich ein weiterer monatlicher Zufluss. Darüber hinaus sind auf sektoraler Ebene nach wie vor gegenläufige Entwicklungen zu beobachten: ein positives, zunehmendes Jahreswachstum der Kredite an private Haushalte einerseits sowie ein Rückgang auf Jahresbasis bei den Krediten an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften andererseits. Während die verzögerte Reaktion der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften auf die wirtschaftliche Entwicklung ein gängiges Merkmal des Konjunkturzyklus darstellt, deuten die Daten der vergangenen Monate auf ein mögliches Ende des vorhergehenden Abwärtstrends beim jährlichen Wachstum der Kreditvergabe hin.

Die jüngsten Angaben lassen auch darauf schließen, dass sich die Verringerung der Bilanzsummen der Banken seit der Jahreswende nicht fortgesetzt hat. Weitere Anpassungen sind allerdings nicht auszuschließen, und die Banken stehen weiterhin vor der Herausforderung, die Verfügbarkeit von Krediten für den nichtfinanziellen Sektor auszuweiten, sobald sich die Nachfrage erholt. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, sollten die Banken auf den Markt zurückgreifen und die derzeitigen Finanzierungsbedingungen zur weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis nutzen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die derzeitigen Leitzinsen der EZB nach wie vor angemessen sind. Unter Berücksichtigung aller neuen Informationen seit unserer Sitzung vom 8. April 2010 gehen wir davon aus, dass die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante Frist moderat bleibt. Dem globalen Inflationsdruck, der in erster Linie durch die Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten und in den schnell wachsenden Wirtschaftsregionen der Welt bedingt ist, wirkt weiterhin ein geringer inländischer Preisauftrieb entgegen. Die jüngsten Daten haben außerdem bestätigt, dass sich die wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet in den ersten Monaten des laufenden Jahres fortgesetzt hat. Wir rechnen mit einer gemäßigten Expansion der Wirtschaft des Euroraums im Jahr 2010, wobei sich der Wachstumsverlauf in einem von hoher Unsicherheit geprägten Umfeld möglicherweise uneinheitlich gestalten könnte. Die Gegenprüfung der Ergebnisse unserer wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck auf mittlere Frist begrenzt bleibt, wie es das schwache Geldmengen- und Kreditwachstum nahelegen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Eurogebiet gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die feste Verankerung der Inflationserwartungen ist nach wie vor von zentraler Bedeutung. Die Geldpolitik wird alles Notwendige unternehmen, um auf mittlere Sicht Preisstabilität im Euroraum zu gewährleisten. Dementsprechend wird der EZB-Rat auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Was die Finanzpolitik anbelangt, so fordern wir von den Regierungen entschlossenes Handeln, damit eine dauerhafte und glaubwürdige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erreicht werden kann. Die jüngsten Daten zeigen, dass die Korrektur der großen Haushaltsungleichgewichte allgemein eine Intensivierung der derzeitigen Bemühungen erforderlich machen wird. Die Haushaltskonsolidierung wird erheblich über die jährliche strukturelle Anpassung von 0,5 % des BIP hinausgehen müssen, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt als Mindestanforderung festgelegt ist. Je länger die Haushaltskorrektur hinausgezögert wird, desto größer werden der erforderliche Anpassungsbedarf und das Risiko von Reputations- und Vertrauensverlusten sein. Stattdessen wird eine rasche Umsetzung umfassender Konsolidierungspläne, vorgezogener und die sich Ausgabenseite konzentrieren und mit strukturellen Reformen verbunden sind, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Leistungsfähigkeit der Regierungen, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen, stärken, die in den Zinssätzen enthaltenen Risikoprämien reduzieren und so auf mittlere Sicht ein nachhaltiges Wachstum stützen. In diesem Zusammenhang begrüßt der EZB-Rat das Konsolidierungs- und Reformprogramm, das die griechische Regierung in den Bereichen Wirtschaft und Staatsfinanzen verabschiedet hat, nachdem die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission (die unter Beteiligung der EZB stattfanden) und dem Internationalen Währungsfonds erfolgreich zum Abschluss gebracht wurden, um die Finanzstabilität im gesamten Euroraum zu sichern.

Für alle Länder des Euroraums sind **Strukturreformen**, die zu einem kräftigeren Wachstum und einer höheren Beschäftigung führen, von wesentlicher Bedeutung, um eine nachhaltige Erholung zu begünstigen. Angesichts der jüngsten Zunahme der Arbeitslosigkeit sind Steuer- und Sozialleistungssysteme, die einen wirksamen Arbeitsanreiz bieten, verbesserte Ausbildungssysteme und eine ausreichende Flexibilität der Arbeitsverträge erforderlich, um einen Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Zugleich müssen sich die betroffenen Länder dringend der bestehenden Wettbewerbsprobleme sowie der innen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte annehmen. In dieser Hinsicht sind

Tarifinstitutionen, die eine angemessene Anpassung der Löhne und Gehälter an die verringerte Wettbewerbsfähigkeit und an die Beschäftigungslage erlauben, unerlässlich. Ebenso sind auch Maßnahmen, welche die preisliche Flexibilität und die nichtpreisliche Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, entscheidend. Schließlich sollte auch eine angemessene Restrukturierung des Bankensektors eine wesentliche Rolle spielen. Gesunde Bilanzen, ein wirksames Risikomanagement und transparente, robuste Geschäftsmodelle sind von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Stärkung der Schockresistenz der Banken sowie die Gewährleistung eines adäquaten Zugangs zu Finanzmitteln und somit um die Schaffung der Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Finanzstabilität geht.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

## Europäische Zentralbank

Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.